

IHK-Energiewende-Barometer 2018: Auswertung für Bayern

Mit dem „IHK-Energiewende-Barometer“ stellt die IHK-Organisation jährlich die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der Organisation beteiligen. Grundlage der Auswertung waren in diesem Jahr 2.167 eingegangene Antworten. Diese verteilten sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (41 %), Bauwirtschaft (4 %), Handel (15 %) und Dienstleistungen (40 %). In regionaler Hinsicht kamen die Antworten zu 22 % aus dem Norden Deutschlands, zu 38 % aus dem Westen, zu 18 % aus dem Osten und zu 23 % aus dem Süden.

1. Wettbewerbsbremse für die Wirtschaft:

Alarmierendes Ergebnis in Bayern

Bayerische Betriebe halten die Energiewende und den Klimaschutz grundsätzlich für wichtig. Daher ist den Ergebnissen des diesjährigen IHK-Energiewende-Barometers ein besonderer Stellenwert einzuräumen. Die Auswertung der Befragung in Bayern macht deutlich: die Unternehmen sehen erstmals seit vier Jahren wieder mehr Risiken als Chancen in der Energiewende. Deren Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit bewerten die Betriebe in 2018 mit einem Barometerwert von -3,2¹. Die bayerische Einschätzung ist damit nicht nur pessimistischer als im Rest Deutschlands (gesamtd deutscher Wert: -2,1), sie ist auch erstmals seit 2014 wieder negativ. Nach 2014 (-9,5) ist dies in Bayern der zweittiefste Wert seit Beginn der jährlichen Umfragen. Besonders pessimistisch fällt dabei das Urteil der bayerischen Industrie aus, deren Antworten in diesem Jahr einen Barometerwert von -6,25 ergeben.

Abbildung 1 zeigt, wie die Betriebe von 2013 bis 2018 die Auswirkungen der Energiewende auf den Wettbewerb einordnen. Im Jahr 2018 sehen 28 % der befragten bayerischen Unternehmen in der Energiewende eine Gefahr für ihre Wettbewerbsfähigkeit, das heißt sie schätzen die Auswirkungen „negativ“ oder „sehr negativ“ ein.

¹ Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“ geantwortet (IHK-Energiewende-Barometer 2018, DIHK-Auswertung Gesamtdeutschland).

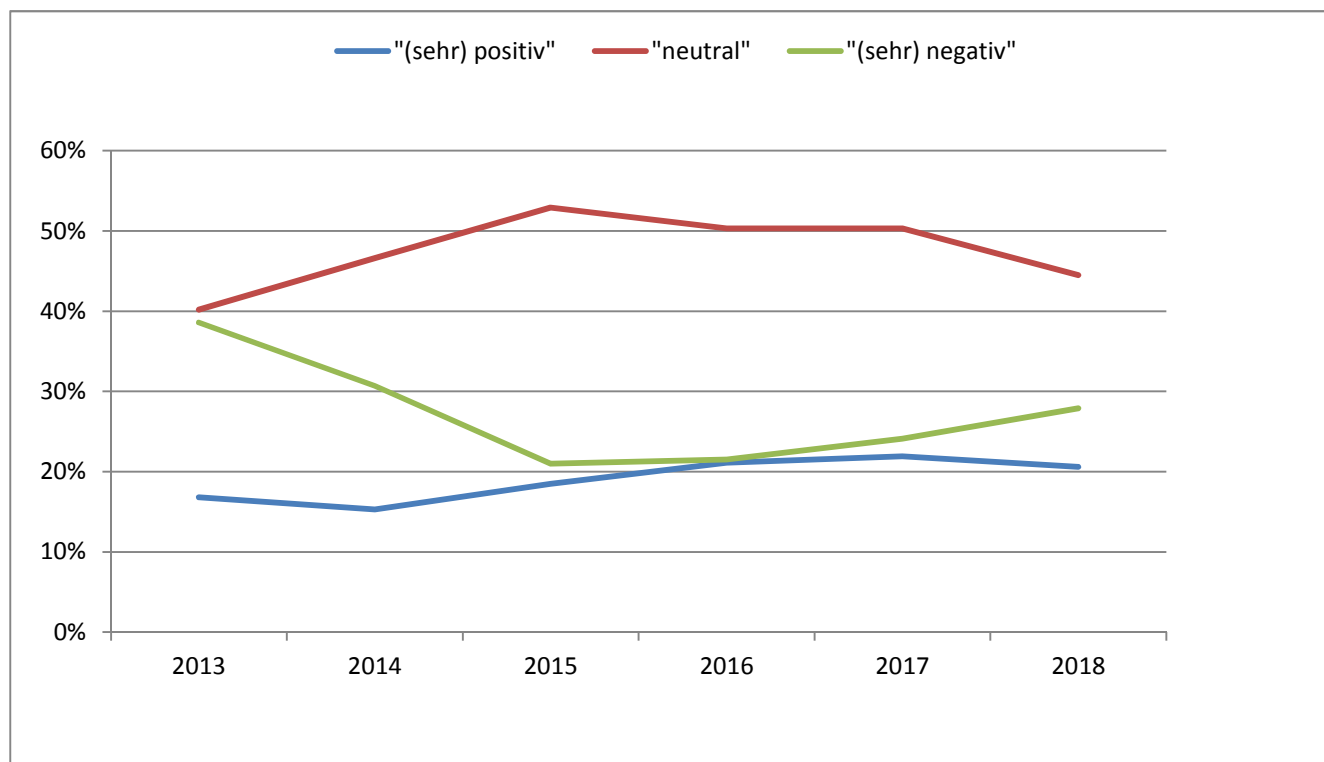


Abbildung 1: Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf den Wettbewerb in Bayern

2. Für mehr als die Hälfte der bayerischen Unternehmen Realität: Energie- und Strompreissteigerungen in einem Jahr

Ein Grund für die negative Einschätzung kann in den Preisentwicklungen der 12 Monate liegen, die der Umfrage vorhergehen. Die Energiepreise sind für knapp 56 % der Betriebe innerhalb dieses Zeitraumes angestiegen. Diese Antwort gaben bei der Befragung vor zwei Jahren lediglich 11 %. Zudem kämpft die bayerische Wirtschaft mit Rekordstrompreisen. Einen Anstieg der Strompreise über die vergangenen 12 Monate beobachten 41 % der in 2018 befragten bayerischen Unternehmen, 2016 waren es lediglich 19 %.

3. Energiewende führt zu Kapazitätsverlagerungen

Der Anstieg der Energiepreise kann dazu führen, dass Unternehmen ihre Kapazitäten verlagern oder die Produktion im Inland gänzlich einstellen. Im Energiewendebarmometer geben 2018 rund 8 % aller befragten Betriebe an, bedingt durch die Energiewende Maßnahmen zu planen, durchzuführen oder bereits realisiert zu haben, die die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland bzw. die Einschränkung der Produktion im Inland betreffen. Nach einem Tiefstwert von knapp 6 % im Jahr 2016 scheint das Thema bei den Betrieben damit wieder aktueller zu werden.

Abbildung 2 zeigt die Verlagerungs- und Einschränkungstendenzen der gesamtbayerischen Wirtschaft sowie der Industriebetriebe in Bayern im Zeitverlauf.

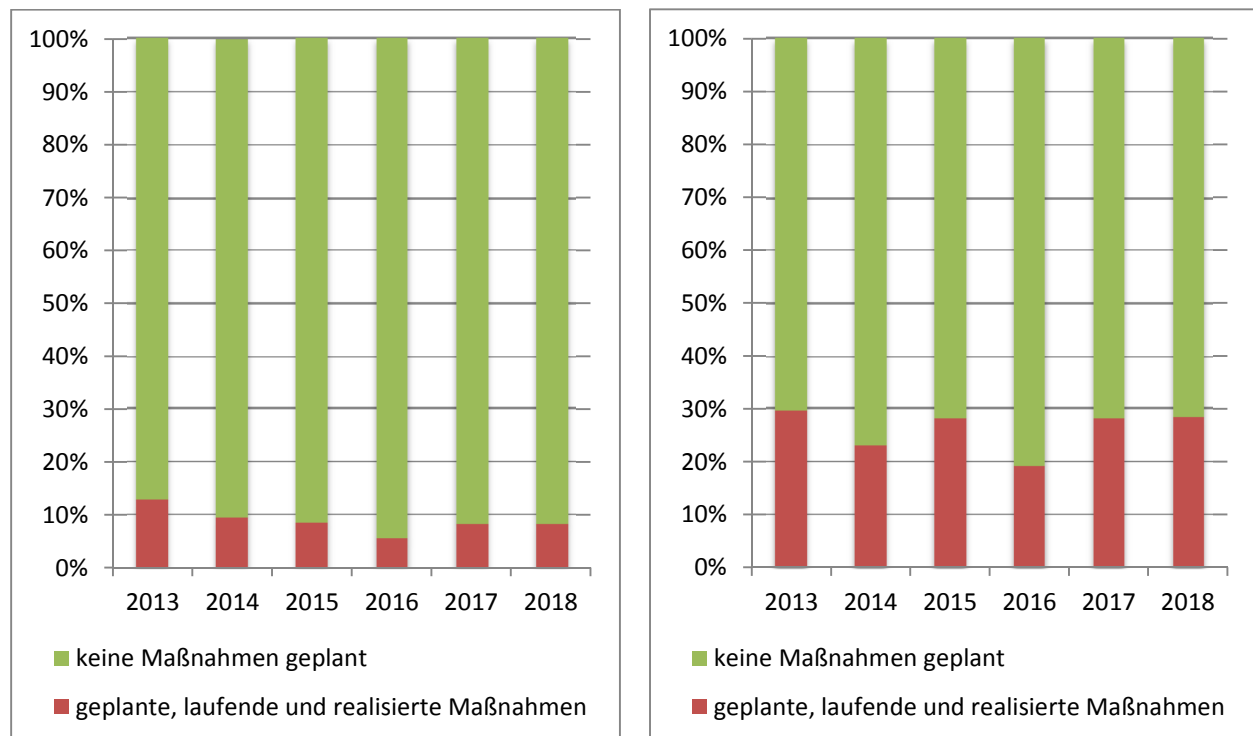


Abbildung 2:
Maßnahmen aller bayerischen Betriebe (links) bzw. bayerischer Industriebetriebe (rechts) mit Außenwirkung (Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland)

Der Zusammenhang zwischen Energiepolitik und Verlagerungstendenzen zeigt sich besonders im Industriesektor. Hier geben 2018 schon fast 30 % der Betriebe an, energiewendebedingt heimische Kapazitäten verlagern oder einschränken zu wollen oder dies bereits getan zu haben. Nach einer kurzfristigen Entspannung der Lage um das Jahr 2016, nähert sich der Anteil der Betriebe, die diese Angabe machen, wieder dem Höchstwert von 2013 an.

Besonders die energieintensiven bayerischen Industrieunternehmen sind auf Entlastungen bei Stromsteuern, Netzentgelten und der EEG-Umlage angewiesen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Entscheidung für den Wirtschaftsstandort Bayern hängen von den richtigen Rahmenbedingungen und damit von politischen Entscheidungen ab.

4. Bayerische Unternehmen setzen auf Energieeffizienz

Rund drei Viertel der an der Umfrage beteiligten bayerischen Betriebe planen Maßnahmen zur Energieeffizienz oder haben diese bereits realisiert. In der Industrie beantworten sogar gut 95 % diese Frage mit „ja“.

In **Abbildung 3** sind die Effizienzmaßnahmen aufgeführt, die sich 2018 besonderer Beliebtheit erfreuen, das heißt in mindestens 30 % der Betriebe zur Anwendung kommen. Weit vorne liegen Investitionen in effiziente Technik (knapp 75 %) und das Schulen von Mitarbeitern (74 %). Über die Jahre am stärksten zugelegt hat die Einführung eines Umweltmanagementsystems. Während heute 30 % der bayerischen Unternehmen zu dieser Maßnahme greifen, waren es vor drei Jahren erst 17 %.

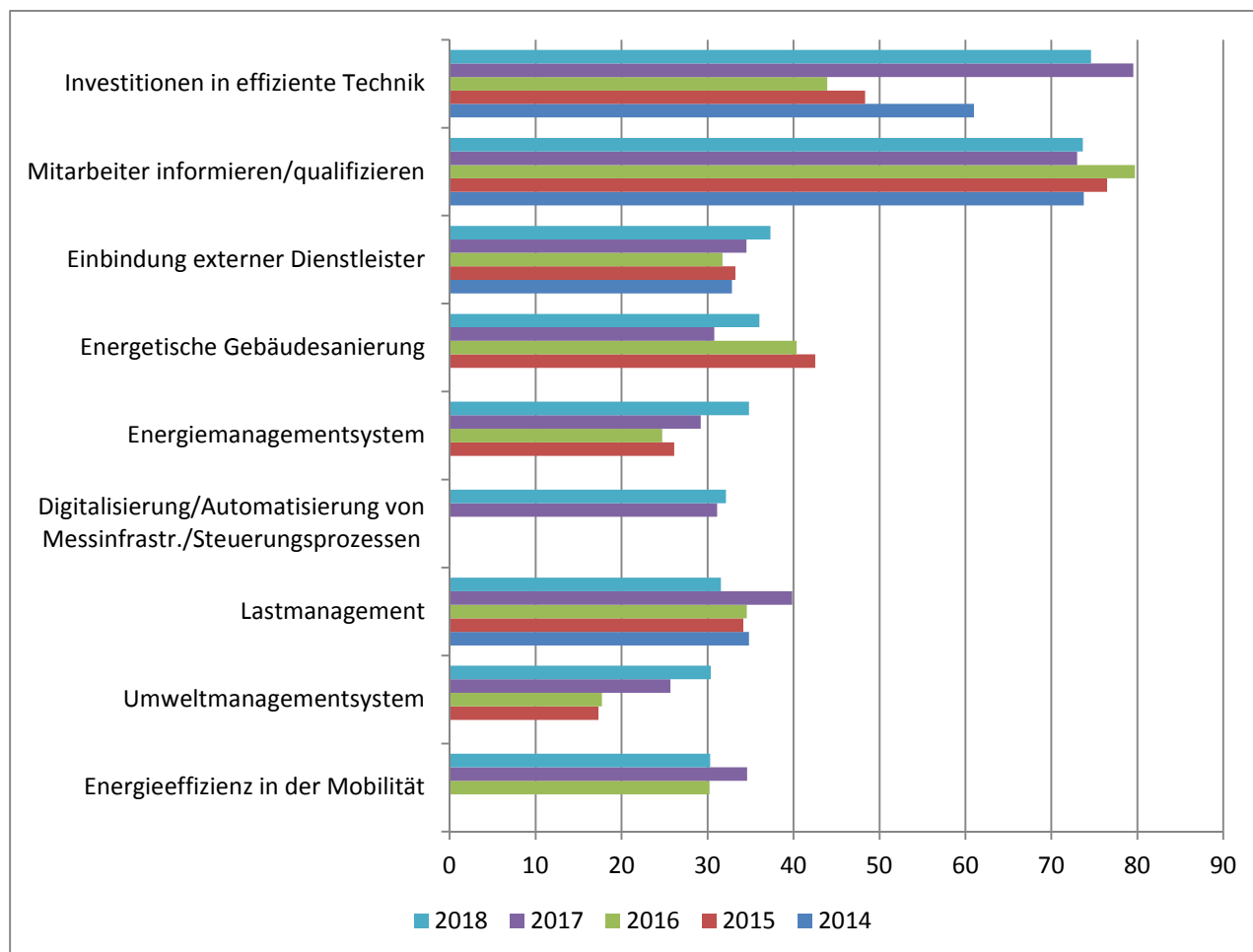


Abbildung 3: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, die 2018 von mind. 30 % der befragten bayerischen Betriebe durchgeführt werden, Antworten in %

Neben Energieeffizienzmaßnahmen reagiert die bayerische Wirtschaft auch mit anderen Mitteln auf die Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik. So haben fast die Hälfte der Befragten bereits langfristige Lieferverträge abgeschlossen oder haben dies vor, 47 % sichern sich schon heute oder zukünftig gegen Stromausfälle ab. In der Industrie geben sogar jeweils noch mehr Betriebe an, diese Maßnahmen zu ergreifen. Im Deutschlandvergleich steht Bayern damit den potentiellen Auswirkungen der Energiewende etwas vorsichtiger entgegen.

Beim Umstieg auf alternative Energiequellen und Antriebsmittel liegt die bayerische Wirtschaft hingegen leicht hinter dem bundesweiten Durchschnitt. Knapp ein Drittel der befragten Betriebe

in Bayern beziehen Ökostrom oder haben dies vor (deutschlandweit: 38 %). Gut 38 % planen die Anschaffung von Elektrofahrzeugen oder haben bereits E-Autos in ihrem Fuhrpark (deutschlandweit: 43 %).

5. Versorgungssicherheit in Bayern gefährdet Produktionsstandort

Die Stromversorgungssicherheit gemessen am SAIDI-Wert (System Average Interruption Duration Index) war in den letzten Jahren in Bayern stabil. Der Bestand konventioneller Kraftwerke hat sich mit der Stilllegung der Kernkraftwerke Grafenrheinfeld am 27. Juni 2015 und Gundremmingen B am 31. Dezember 2017 jedoch wesentlich geändert. Die Abschaltung wird durch Stromimporte nach Bayern und Zubau erneuerbarer Energien-Anlagen ausgeglichen. Dadurch werden stärker schwankende Strommengen aus volatiler Erzeugung und von einer zunehmenden Anzahl an Akteuren eingespeist, die ausgeglichen werden müssen.

Die Unternehmen spüren vermehrt die Auswirkungen der wachsenden Volatilität im Stromnetz. Für viele Branchen ist die Versorgungssicherheit bereits jetzt ein relevantes Thema. Knapp 15 % der befragten Betriebe in Bayern berichten 2018 über Stromausfälle von mehr als 3 Minuten, 17,8 % waren Ausfällen von weniger als 3 Minuten ausgesetzt. In der Industrie waren 2018 sogar 35 % der Unternehmen von Stromausfällen unter 3 Minuten betroffen. Gut ein Fünftel klagt hier bereits über Produktionsbeeinträchtigungen durch Versorgungslücken.

6. Forderungen an die Politik

Abbildung 4 zeigt, welche politischen Maßnahmen sich die befragten Unternehmen kurzfristig von der Politik wünschen, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten. Am häufigsten wird hier die Unterstützung des Stromnetzausbaus genannt. Etwa drei Viertel der bayerischen Betriebe fordern dies von der Politik ein. In der Industrie sogar 84 %. Zudem wünschen sich 68 % eine Beschleunigung von Planung- und Genehmigungsverfahren und 61 % eine Reduzierung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis.

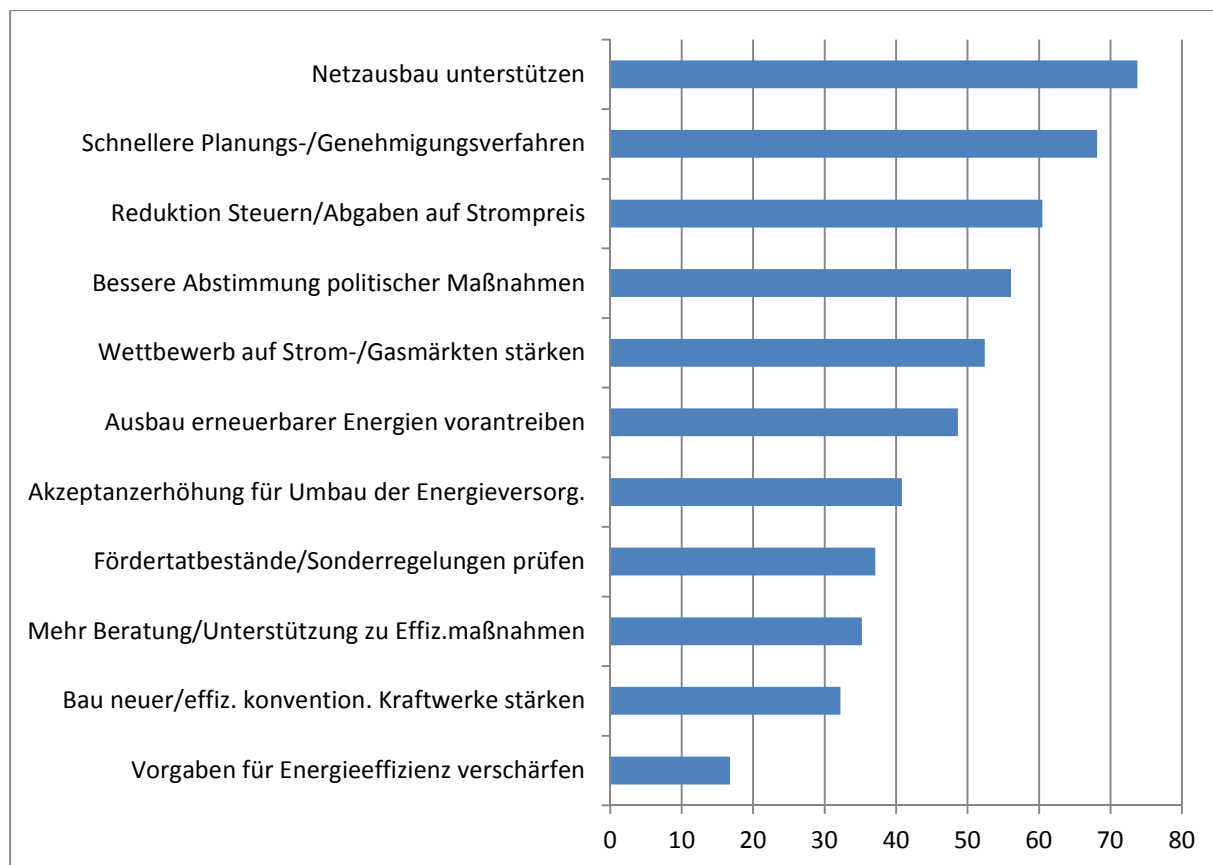


Abbildung 4: Empfehlungen der bayerischen Betriebe an die Politik, Antworten in %

Ansprechpartner:

Julia Goebel, IHK für München und Oberbayern, Goebelj@muenchen.ihk.de, 089 5116 1797

Dr. Norbert Ammann, IHK für München und Oberbayern, Ammann@muenchen.ihk.de, 089 5116 1392